

ERNEUTE INDISCH-CHINESISCHE SPANNUNGEN IN DER HIMALAYA-REGION

Oskar Weggel

I. Die Unruheherde

Drei Ereignisse waren es, die in den letzten Monaten erneut deutlichgemacht haben, daß zwischen Indien und China nach wie vor ein heftiges Tauziehen um stärkeren Einfluß auf die Himalaya-Staaten herrscht.

Erstens: Zunächst waren da Versuche tibetischer Exilgruppen, den Thron von Bhutan zu "tibetisieren", um auf diese Weise eine Operationsbasis zur Verwandlung Tibets in ein "chinesisches Vietnam" zu gewinnen (ausführlich dazu C.a. 1974/8 S.476-482).

Zweitens übernahm Pakistan inzwischen das in den Bergen des Karakorum liegende Fürstentum von Hunza - ein Akt, der von chinesischem Beifall begleitet wurde. Hunza hatte unter pakistanischer "kommissarischer" Regierung bereits seit der Teilung Kashmirs zwischen Pakistan und Indien im Jahre 1947 gestanden. Bis vor kurzem war der Mir von Hunza offizielles Staatsoberhaupt des nur von 20.000 Menschen bewohnten Fürstentums. Am 25.9.1974 wurde die bisherige Semiautonomie aufgehoben und das ganze Gebiet nun endgültig der Islamischen Republik Pakistan angegliedert.

Hunza liegt in einer Gegend, auf die sechs der höchsten Bergketten der Welt strahlenförmig zulaufen, nämlich der Hindu Kush Afghanistans, der Pamir, die T'ien Shan-Kette, die von Sowjetisch-Zentralasien ihren Ausgang nimmt, die Kun-lun-Berge Chinas, der Karakorum Pakistans und die Himalayas von Indien.

Hunza bringt den Pakistanis zunächst einmal Einnahmen aus dem Tourismus. In Karimabad, der Hauptstadt des Fürstentums, ist ein Hotel der Intercontinental-Kette im Entstehen, und man kann damit rechnen, daß der bisher von der Welt so stark abgeschlossene Kleinstaat schon bald aus seinem mittelalterlichen Dasein herausgerissen wird. Die einzige moderne Errungenschaft, die dieses Gebiet aufzuweisen hat, ist eine moderne, von Chinesen gebaute Straße.

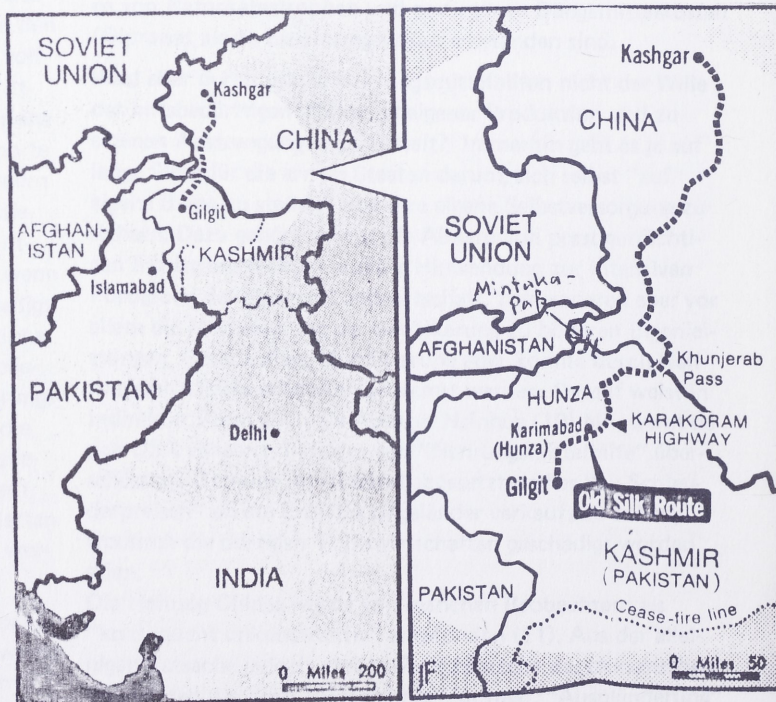
Diese Verkehrsader ist es denn auch, die das Gebiet von Hunza nicht nur touristisch, sondern auch strategisch interessant erscheinen läßt; denn hier sind die VR China und ihr Verbündeter Pakistan infrastrukturell einander nähergekommen.

Bereits Anfang März 1971 war ein Straßenprojekt vollendet worden, das Kashgar in der chinesischen Autonomen Region Sinkiang mit Gilgit (Nordkashmir) verbindet. Die Straße wurde von chinesischen Pionieren erbaut, ist 280 km lang und führt in einer Höhe von rund 4.900 m über den Khunjerab-Paß (1).

Die moderne Straße folgt damit einem Teilstück der alten Seidenstraße. Entgegen bisherigen Berichten ist die Route noch keineswegs durchgängig ausgebaut. Nach wie vor bleiben chinesische Pioniere mit Neuanlagen bzw. Ausbes-

serungen beschäftigt. Unmittelbar hinter Gilgit setzt z.B. auf einer Strecke von rund 100 km der Teerbelag aus; es geht über staubigen Schotter. Der "Karakorum-Highway" (manchmal auch "Friendship-Highway" genannt) ist ferner an einigen Stellen noch nicht genügend gesichert. Vor 15 Jahren schob beispielsweise eine riesige Eiszunge ein Stück der alten Seidenstraße samt dem danebenliegenden Dorf in einen Fluß. Vor Überraschungen dieser Art ist man auch heute noch nicht ganz sicher. Die Straße diente bisher u.a. dem Handel. Jährlich liegt der Handel zwischen Gilgit und Kashgar zur Zeit bei 100.000 US \$. Allerdings kann diese Straße nur von Juli bis Dezember gefahrlos benutzt werden (2).

Karte Nr.1: Straßensystem von Pakistan nach China

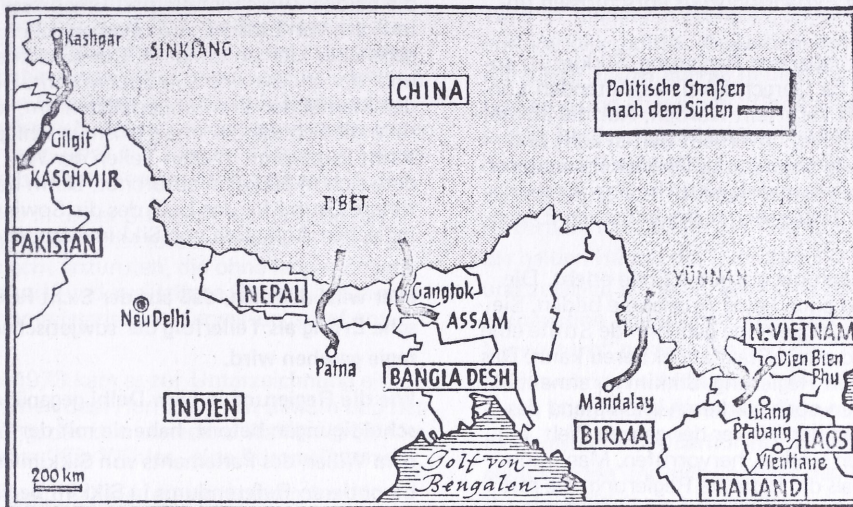


Quelle: CSM 8.10.74

Die Karakorum-Straße durch Hunza ist eines von fünf großen Systemen, die China zu seinen süd- und südostasiatischen Nachbarstaaten als "politische Straßen" gelegt hat. Die vier anderen Adern führen über Laos, Nepal, Sikkim und Birma.

a) Die Verkehrsader über Laos schafft Zugänge zu vier Ländern Südasiens, nämlich nach Laos (zur Königsresidenz Luang Prabang), nach Kambodscha (auf der

Karte Nr.2: Die 5 Straßen von China nach Süd- und Südostasien



Quelle: Die Welt, 23./24.12.1972

Straße Nr.13 über Vientiane), nach Nordvietnam (Dien Bien Phu) und schließlich nach Nordostthailand.

b) Von der chinesischen Autonomen Region Tibet über Nepal bis nach Patna am Ganges. Die Straße ist eine Manifestation chinesischer Präsenz in Nepal, die dem dortigen Königreich helfen soll, die indische Bevormundung abzubauen.

c) Vom chinesischen Tibet zum indischen Assam über Gangtok, die Hauptstadt Sikkims. Diese Straße hat in der Zwischenzeit viel von ihrer politischen Bedeutung verloren, da die ursprünglich vorgesehene Unterstützung Pakistans in Ostbengalen mit der Gründung des Staates Bangla Desh hinfällig geworden ist.

d) Von der südchinesischen Provinz Yunnan nach Mandalay in Nordbirma. Die Straße verbindet das südostchinesische Verkehrsnetz mit Birma und schafft auch die Möglichkeit des Zugangs zum nordostindischen Assam. Diese Verkehrsader ist weitgehend identisch mit der zwischen 1942 und 1945 gebauten Stilwell-Straße und führt durch das Gebiet unruhiger Minderheiten, die sowohl für Birma (Katchen-Stämme) als auch für Indien (Nagaland) problematisch sind.

Die fünf aufgezählten Straßenverbindungen sollen primär keineswegs chinesische Militäroperationen ermöglichen; denn Chinas Militärstrategie ist ganz auf Defensive abgestellt. Auch könnten die durch schwer zugängliches Gebirgsgelände führenden Verbindungen leicht durch wenige Bombenabwürfe unterbrochen werden. Es handelt sich hier vielmehr um "politische" Straßen, die zum Teil in "Pulverfaßgegenden" führen und im übrigen die potentielle Präsenz Chinas glaubhaft machen.

Drittens hat die Assoziierung des Königreichs Sikkim durch Indien alte chinesisch-indische Animositäten wiederaufleben lassen (3). Hsinhua sprach u.a. von der Verwandlung Sikkims in eine "indische Kolonie".

Am 11.9.1974 gab das Außenministerium der VR China folgende offizielle Erklärung ab:

Ungeachtet der entschlossenen Opposition des Volkes von Sikkim und der Öffentlichkeit der Welt nahm vor kurzem das indische Parlament unverschämt eine konstitutionelle Abänderung an, in der Sikkim zu einem "assozierten Staat" Indiens bestimmt wird, um das Königreich von Sikkim in einer kolonialistischen Weise zu annektieren. Das ist ein weiterer Akt des baren Expansionismus der indischen Regierung, nachdem sie Pakistan mit der Unterstützung der Sowjetunion zergliedert hat. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk bringen große Empörung darüber zum Ausdruck und verurteilen diesen Akt scharf.

Nach seiner Unabhängigkeit trat Indien die Hinterlassenschaft des Imperialismus an und verfolgte gegenüber Sikkim beständig eine kolonialistische Politik. Indien entsandte Truppen, um in Sikkim einzudringen und es zu besetzen, verwandelte Sikkim in ein indisches "Protectorat" und riß die Macht über Sikkims Landesverteidigung und dessen innere und äußere Angelegenheiten an sich. Nachdem die indische Regierung im Mai dieses Jahres ihren ersten, angeblich friedlichen Zwecken dienenden Nuklearversuch durchgeführt hatte, fühlte sie anscheinend ihren Rücken gesteiht und dachte, daß sie gegen ihre Nachbarn tun könne, was sie wolle. So drängte sie im Juni dieses Jahres dem sikkimischen Volk eine sogenannte "Gesetzesvorlage der Regierung von Sikkim" auf, die völlig von ihr ausgeheckt worden war. Die indische Kolonialherrschaft über Sikkim rief den starken Widerstand des sikkimischen Volkes hervor. Es veranstaltete viele Demonstrationen und forderte, den Indisch-Sikkimischen Vertrag zu annullieren und die indischen Truppen zu vertreiben. Der Chogyal von Sikkim schrieb wiederholt der indischen Ministerpräsidentin, wobei er gegen die Einverleibung Sikkims in Indien durch die indische Regierung protestierte und Garantie für die "separate Identität und internationale Individualität" Sikkims verlangte.

Nun hat die indische Regierung Sikkim unverschämt annektiert. Das ist eine Provokation gegenüber den für Gerechtigkeit eintretenden Völkern der Welt und ein Angriff auf die historische Strömung der nationalen Unabhängigkeit. Die chinesische Regierung erklärt feierlich, daß sie die illegale Annektierung Sikkims durch Indien absolut nicht an-

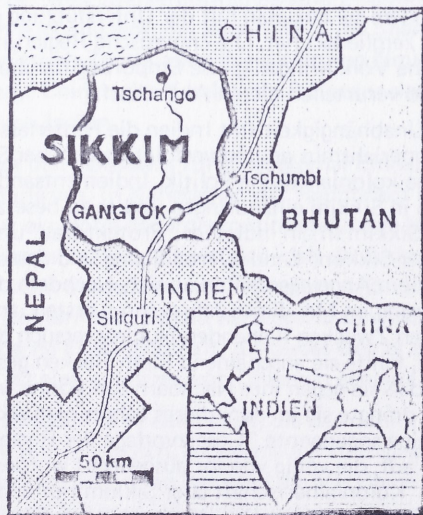
erkennt und daß sie das sikkimische Volk in seinem gerechten Kampf für nationale Unabhängigkeit und Souveränität und gegen Indiens Expansionismus entschlossen unterstützt.

Der schamlose Akt der indischen Regierung, Sikkim zu annektieren, ist von allen für Gerechtigkeit eintretenden Ländern und Völkern scharf verurteilt worden. Nur die Sowjetunion allein ist es, die Indien unverhüllt Beifall zollt und Indira Gandhis Regierung unterstützt. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, daß der sowjetrevisionistische Sozialimperialismus Hintermann und Helfershelfer des indischen Expansionismus ist.

Alle Expansionisten haben nie ein gutes Ende erlebt. Die indische Regierung wird auch keine Ausnahme bilden. Sie soll nur nicht glauben, daß sie ohne gebührende Strafe eine Nation unterjochen und einen Staat annektieren kann. Das Verbrechen der indischen Regierung, Sikkim zu annektieren, wird sicherlich einen noch stärkeren Widerstand des sikkimischen Volkes und der Völker der ganzen Welt, einschließlich des indischen Volkes, hervorrufen. Man kann mit Sicherheit sagen, daß die indische Regierung, die mit der Schädigung anderer begonnen hat, letzten Endes sich selbst ruinieren wird (4).

Der wirkliche Grund für die Schärfe dieser Erklärung lag weniger in der Sorge um die Souveränität des sikkimesischen Volkes, sondern in der bitteren Einsicht, daß Indien nun endgültig seine schon lange gehegte Absicht verwirklicht hat, sich eine günstige potentielle Operationsbasis gegenüber der Autonomen Region Tibet zu sichern, die ja nach wie vor ein Unsicherheitsfaktor im chinesischen Regionenverband ist.

Karte Nr.3: Indien - Sikkim - VR China



Die Chinesen bringen den indischen Akt sogar in einen noch weiteren Kontext, indem sie nämlich die Sowjetunion mit in ihre mißtrauischen Betrachtungen einschließen. Ganz in diesem Sinne bezeichneten sie den indischen Annexionsakt als einen "Mini-Tschechoslowakei-Zwischenfall" (5):

"1968 entsandten die Sowjetrevisionisten Truppen zur Besetzung der CSSR unter dem Vorwand der Hilfe für ein 'Bruderland' und der 'Verteidigung der Früchte des Sozialismus'; jetzt entsandte die indische Regierung Truppen zur

Besetzung Sikkims unter dem Vorwand, diesem Land bei der Erreichung der 'Demokratisierung' zu helfen. Kurz, die beiden Zwischenfälle sind Ergebnisse der Machtpolitik in Form von Einschüchterungsversuchen großer Staaten gegenüber kleinen Ländern. Der eine ist eine Supermacht und der andere eine Sub-Supermacht. Der eine hängt sich den Mantel der alten Imperialisten um, während der andere in die Schuhe des Imperialismus schlüpft. Der eine betreibt Expansion in allen Teilen der Welt, während der andere sich in Südasien ausbreitet. Darin liegt ja auch der tiefere Grund für das Lob, das die Sowjetrevisionisten der indischen Annexion von Sikkim gespendet haben."

Hier wird deutlich, daß aus der Sicht Pekings jeder indische Erfolg als Teilerfolg der sowjetischen Südasien-Strategie gesehen wird.

Wie die Regierung in New Delhi gegenüber solchen Anschuldigungen betont, habe sie mit der "Assoziierung" dem Willen des Parlaments von Sikkim entsprochen. Eines besonderen Referendums in Sikkim bedürfe es daher nicht. Die indische Regierung beharrte auf dieser Behauptung, obwohl der Chogyal (König) von Sikkim gegen die geplante Eingliederung protestierte, eine Volksabstimmung der 200.000 Sikkimesen unter internationaler Überwachung forderte und den Vorschlag machte, daß man mit Indien zwar gerne zusammenarbeiten wolle, daß Sikkim aber seine "separate Identität und internationale Individualität" behalten solle. Gleichzeitig kam es in der Hauptstadt von Sikkim, Gangtok, zu umfangreichen Demonstrationen vor der indischen Botschaft, in deren Verlauf das Nachbarland des "Imperialismus in Sikkim" bezichtigt wurde. Selbst Teile der indischen Presse, wie z.B. die Hindustan Times, nahmen kritisch zur Sikkim-Politik New Delhis Stellung. Die indische Regierung solle sich lieber um die Wirtschaft in ihrem Lande kümmern ("Vielleicht sollte der einfache Mann auf der Straße nicht nach Brot fragen, er bekommt ja Sikkim.")

Das indische Unterhaus, auf dessen Votum es entscheidend ankam, ließ sich in seiner Entscheidung von solchen Einwänden nicht weiter beirren. Mit der überwältigenden Mehrheit von 310 zu 7 Stimmen entschloß es sich für die "Assoziierung" des Himalaya-Fürstentums und beging damit, wie Peking betonte, einen "neokolonialistischen Akt" oder, wie andere meinte, einen Akt "kalter Annexion".

Allerdings soll Sikkim nicht als neuer Gliedstaat in die Indische Union eingeordnet, sondern eben nur "assoziiert" werden. Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen?

Das "Volk von Sikkim" ist ethnisch keine einheitliche Nation, sondern besteht in Wahrheit aus drei Völkern, den Lepchas, den Bhutias und den Nepalesen. Die beiden ersteren Volksgruppen, insgesamt 30% der Sikkimesen ausmachend und fast durchweg dem Buddhismus tibetischer Prägung anhängend, können als die ursprünglichen Einwohner des Staates angesprochen werden. Zu der heutigen Bevölkerungsproblematik kam es erst, als im 19. Jh. Nepalesen hinduistischer Glaubensrichtung einzuwandern begannen, die nun mittlerweile nicht weniger als 70% der Gesamtbevölkerung stellen. Die Balance zwischen den Alteingesessenen und den Zuwanderern konnte längere Zeit zwar dadurch aufrechterhalten werden, daß in dem aus 18 Vertretern bestehenden Sikkimi-

schen Rat die "Einheimischen" trotz ihrer quantitativen Unterlegenheit im allgemeinen die stärkere Repräsentanz hatten. Außerdem war der tibetische Lamaismus Staatsreligion, obwohl sich nur rund 30% der Bevölkerung zu ihm bekennen. Diese künstlichen Dämme der "Ureinwohner" gegen eine befürchtete "Überfremdung" wurden von den zugewanderten Nepalesen als Diskriminierung empfunden. Im Zuge der sich ausweitenden Spannungen traten sie schließlich Anfang April 1973 ihren "Marsch auf Gangtok" an, wo es zu blutigen Ausschreitungen kam.

Dem Chogyal blieb in dieser Situation nichts übrig, als unter Berufung auf den Protektorsvertrag von 1950 die indische Schutzmacht anzurufen, die ohne langes Zögern die Gelegenheit ergriff und zusätzliche Gebirgsjagereinheiten sowie einen kommissarischen Verwaltungschef entsandte.

Bereits am 8. Mai 1973 kam es zur Unterzeichnung eines Abkommens zwischen dem Herrscher von Sikkim und der indischen Regierung, das zum erstenmal Wahlen in Sikkim nach dem Grundsatz "Ein Wähler - eine Stimme" vorsah.

Bei den Wahlen im April 1974, die unter indischer Kontrolle standen, gewann der Nationalkongreß von Sikkim¹, eine Schwesterorganisation der Indischen Kongreßpartei, mit nur einer Ausnahme alle 32 Sitze der Sikkim-Assembly. Damit erhielten zum erstenmal die hinduistischen Einwanderer aus Nepal eine überwältigende politische Mehrheit.

Aufgrund ihres Wahlsieges ernannte die Sikkim-Kongreßpartei ausgerechnet den aus der nepalesischen Volksgruppe stammenden Kazi Lhindup Dorji, der sich schon seit langem als entschlossener Gegner des lama-buddhistischen Chogyal profiliert hatte, zum Chefminister. Der König war damit noch weiter in seiner Stellung geschwächt. Schon bisher hatte er mit dem de facto wirklichen Herrscher des Landes, dem indischen "Residenten" um die Erhaltung der Reste seiner Autorität ringen müssen. Nunmehr wurde er auch noch vom "eigenen" Kabinett unter Beschuß genommen.

Die Sikkim-Assembly, die im Mai 1974 zusammentrat, nahm - gegen den Protest des Chogyal - eine neue Verfassung ("Government of Sikkim-Act") an, die in Art. 30(c) Sikkims Wunsch nach einer Assoziierung mit Indien in der Erwartung aussprach, einer rascheren Entwicklung im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich teilhaftig zu werden und an Indiens politische Institutionen sowie dessen parlamentarisches System angeschlossen zu werden: Gleichzeitig wurde die Regierung von Indien gebeten, ihrerseits die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Bestimmungen dieses "Government of Sikkim-Act" Rechtskraft zu verleihen.

Der sikkimische Antrag wurde denn auch in Form der "Constitution (36th Amendment) Bill dem indischen Unterhaus vorgelegt und am 4. September 1974, wie bereits ausgeführt, mit 310:7 Stimmen angenommen.

Außenstehende Beobachter nahmen dieses Vorgehen New Delhis mit Kopfschütteln zur Kenntnis. Seit Indien das Fürstentum Sikkim 1947 von den Engländern erbt und 1950 einen Protektorsvertrag mit ihm abgeschlossen hatte, waren Außenpolitik, Verteidigung und Handel des kleinen Staates ohnehin völlig in der Hand New Delhis. Spätestens seit April 1974 hatten die Inder auch die Möglichkeit, die Innenpolitik ganz und gar zu beherrschen, zumal Parlament und Regierung mit Hilfe der Sikkim-Congress-Party pro-indisch geworden waren. Hätte man es bei diesem Zustand nicht belassen sollen? Wozu eigentlich noch der

provozierende formelle "Anschluß", der kaum etwas Neues einbrachte!? Nach der Constitution Bill vom 4. September 1974 ist Indien zuständig für Sikkims Verteidigungs-, Außen- und Verkehrspolitik. Außerdem hat New Delhi das Recht, wie schon bisher überall in dem Fürstentum Truppen zu stationieren und über einen "Chief Executive" auch die Innenpolitik bestimmen zu lassen. Die einzige Änderung, die durch den neuen Beschluß bewirkt wurde, war der Wechsel der Bezeichnung von "Protectorate" zu einem "Associate State". Außerdem hat Sikkim das Recht, je einen Abgeordneten in die beiden Häuser des indischen Parlaments zu entsenden und zugleich an den Ergebnissen der staatlichen Planungskommission teilzuhaben. Daneben will Indien eine "gute Verwaltung" garantieren und die "Harmonie" zwischen den Ureinwohnern einerseits und der zugewanderten nepalesischen Mehrheit andererseits sichern. Schließlich soll der kleine Bergstaat der Oberhoheit des indischen Präsidenten unterstellt werden und sich überdies den Befugnissen des indischen Bundeswahlleiters unterordnen.

Warum also der provozierende formelle Assoziierungsakt, der doch substantiell nichts Neues mit sich brachte?

Eine außenpolitische Erklärung läßt sich für dieses Vorgehen kaum finden. Man muß wohl Carlos Widmann (6) recht geben, der meint, daß Frau Gandhi, um von der zunehmenden Misere der indischen Wirtschaft abzulenken, nach wie vor auf spektakuläre Gesten in der Außen- und Verteidigungspolitik angewiesen sei, die dann in der Tat von ihrer eigenen Partei und dem größten Teil der Opposition auch jedesmal lautstark gefeiert werden, vor allem dann, wenn das nationale Prestige gestärkt wird. (In die Reihe dieser "Erfolge" gehört auch die Explosion einer indischen Atombombe im Sommer 1974, die ja ebenfalls mit rationalen außenpolitischen Kalkülen kaum etwas zu tun hatte - gar nicht zu reden von der unnötigen Belastung des ohnehin angespannten indischen Staatsbudgets.)

Wenn die New York Times (7) der Republik Indien in diesem Zusammenhang vorwarf, das Fürstentum Sikkim "geschluckt" ("swallowed") zu haben, so geht dies etwas am Tatbestand vorbei. Sikkim steckte, um im Bilde zu bleiben, ohnehin schon tief im indischen Schlund. Schwerer als der Inhalt des Beschlusses wirkte die Art und Weise, wie er gefaßt wurde. Das Königreich Sikkim konnte immerhin auf eine monarchische Tradition von 330 Jahren zurückblicken, die durch einen schlichten Amendment-Act des indischen Parlaments ausgelöscht wurde, ohne daß man dem Chogyal überhaupt Gelegenheit gab, sich auch nur mit einem Wort vor dem Parlament zu äußern.

Der König landete wenige Tage vor der Abstimmung, am 2. September, in Kalkutta, erhielt dort aber nicht die Erlaubnis zur Weiterreise nach New Delhi. Im übrigen waren vorher seine beiden Telefonleitungen in Gangtok außer Betrieb gesetzt worden. Erst am 10. September durfte der König nach New Delhi weiterreisen und konnte nun - post festum - mit der Ministerpräsidentin und mit Außenminister Swaran Sing sprechen: - wie zu erwarten - ohne Ergebnis. Allerdings fand der Chogyal eine aufmerksame Presse, durch die er seinen Wunsch nach einer Volksab-

stimmung unter internationaler Überwachung lancieren konnte. Zu dieser Zeit freilich war die "Assoziierung" längst beschlossene Tatsache! (8)

Es ist angesichts dieser Tatbestände wohl nicht zuviel behauptet, wenn man davon ausgeht, daß das "Ersuchen" der Sikkim-Assembly auf "Assoziierung" von New Delhi initiiert wurde, um die indischen Verteidigungslinien gegenüber China zu straffen. Die indische Regierung beharrt demgegenüber weiter auf dem Standpunkt, daß die Entscheidung des indischen Parlaments den Wünschen der ersten, vom Volk gewählten Nationalversammlung in Sikkim entsprochen habe, und daß dem Chogyal daher lediglich die Rolle des konstitutionellen Monarchen zukomme, der dann an den Geschehnissen nichts ändern könne.

Zu der in diesem Zusammenhang abgegebenen Erklärung der indischen Ministerpräsidentin vom 15. Oktober, daß "Sikkim kein unabhängiges Land, sondern immer schon ein Teil Indiens gewesen sei", gab Hsinhua folgenden Kommentar ab:

"Jeder, der sich in der asiatischen Geschichte auskennt, weiß, daß das Himalaya-Königreich Sikkim auf eine dreihundert bis vierhundert Jahre alte Geschichte zurückblickt und im 17. Jh. gegründet wurde, als die Kolonialisten der alten Schule in Indien eindringen und das Land allmählich zu einer britischen Kolonie degradierten. Großbritannien okkupierte Sikkim mit Waffengewalt, wobei es das in der Mitte des 19. Jh. vollständig kolonialisierte Indien als Ausgangsbasis benutzte. Im Jahr 1890 verwandelte es Sikkim unter Gewaltanwendung in ein britisches 'Protektorat'. Vor 1947, als Indien seine Unabhängigkeit errang, waren sowohl Indien als auch Sikkim Opfer des Kolonialismus. Indien war eine britische Kolonie, während Sikkim als britisches 'Protektorat', niemals aber als Bestandteil Indiens, galt. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit vergaßen die indischen Herrscher jedoch, daß Indien in der Geschichte das gleiche Schicksal wie Sikkim erlitten hatte, und hängten sich schließlich sogar den Mantel des Kolonialismus um. Sie verhielten sich nach Art der Großen, die die Kleinen schurigen, nach Art der Starken, die den Schwachen unterdrücken. Sie betrieben Aggressions- und Expansionspolitik auf Kosten Sikkims und zwangen dieses Land, ein 'Status quo-Abkommen' zu unterzeichnen, durch das Indien als Kolonialherr an die Stelle Großbritanniens in Sikkim rückte. Im Juni 1949 wurden indische Truppen in die Hauptstadt Sikkims, Gangtok, entsandt, um dort gewaltsam die Regierung zu übernehmen. Im Jahr 1950 zwangen die indischen Herrscher dem sikkimischen Volk den 'Friedensvertrag zwischen Indien und Sikkim' auf und machten damit das Land zu einem indischen 'Protektorat'. De facto hat Sikkim 27 Jahre lang unter der Kolonialherrschaft Indiens gestanden. Aus historischer Sicht gesehen, ist die Behauptung, daß Sikkim stets ein Teil Indiens gewesen sei, nichts als Lüge und Bemäntelung des indischen Expansionismus....."

Die jüngste Rede der indischen Ministerpräsidentin stellt ein nachdrückliches Bekenntnis zur indischen Annexion Sikkims dar: Bis zum September 1974 war Sikkim indisches "Protektorat"; seit Änderung der indischen Verfassung sprach man von einem 'assoziierten Staat'. Inzwischen ist auch diese Bezeichnung verschwunden, und Sikkim gilt als ein 'Teil Indiens'..... Um es offen zu sagen, die eifrigen Bemühungen der indischen Herrscher, die Geschichte in ihrem Sinne zu verfälschen, sind nichts anderes als ein Versuch, die Annexion Sikkims als "innere Angelegenheit" Indiens zu bezeichnen. Damit bestreiten sie anderen das

Recht, das Problem im indisch-pakistanischen Kontext zu sehen. Nachdem sie sich jedoch kolonialistischer Expansion schuldig gemacht und Sikkim annektiert haben, können die indischen Herrscher in keiner Weise der Anklage und Verurteilung durch die Völker der Welt entgehen..... Es gibt jedoch gewisse Leute, die die Trommel für die indischen Expansionisten rühren..... nämlich die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten....."

Die Regierung in New Delhi ging auf diese Anschuldigungen nicht näher ein. Bezeichnend die Reaktion der Ministerpräsidentin: "Ich will keine Stellung dazu nehmen, ob dies richtig oder falsch ist. Doch möchte ich behaupten, daß diese Leute angesichts dessen, was sie in ihrem eigenen Land tun, wohl kaum ein Recht haben, sich über die indisch-sikkimischen Beziehungen auszulassen." Indira Gandhi spielte auf die Annexion der Hunza-Region durch Pakistan und auf die Kontrolle Chinas über Tibet hier deutlich an (10).

II. Chinesische Gegenmaßnahmen

In ihren verschiedenen Erklärungen weist die VR China lediglich auf die "Konsequenzen" hin, die der Widerstand des Volkes von Sikkim für Indien nach sich ziehen werde. Man darf jedoch sicher sein, daß Peking sich nicht nur auf diesen "Widerstand" verläßt, sondern selbst auf Mittel und Wege sinnt, um den Geländegewinn Indiens zu kompensieren. Drei Maßnahmen sind hier für die Zeit der letzten Monate zu nennen: Offizielle anti-indische Erklärungen zugunsten der Nachbarstaaten, "Straßendiplomatie" und Ausbildung von Untergrundkämpfern

1. ANTIINDISCHE UND ANTISOWJETISCHE VERLAUTBARUNGEN

Was die offiziell gegen die Politik Indiens gerichteten Erklärungen anbelangt, so sind hier in letzter Zeit vor allem zwei Verlautbarungen hervorzuheben, nämlich einerseits die bereits oben wiedergegebene heftige Stellungnahme zur "Assoziierung" Sikkims und ferner die erneute Betonung des pro-pakistanischen Standpunktes in der Kashmirfrage anlässlich des Besuches des pakistanischen Präsidenten Ali Bhutto in der VR China (11.-14.5.74) (wörtlich zitiert in C.a. 1974/6, Ü-29). Auch Moskaus "Expansionsversuche" in Südasien, vor allem in Pakistan, gerieten in diesem Zusammenhang in das Feuer chinesischer Kritik:

"Nachdem die sowjetischen Revisionisten Ende 1971 Indien bei der Zerstückelung Pakistans unterstützt hatten, planten sie, Pakistan noch weiter zu zergliedern, und versuchten, in der "Nordwest-Grenzprovinz", in der Provinz Baluchistan und in benachbarten Gebieten neue Staaten wie "Großbaluchistan" und "Paschunistan" zu gründen. Ihr Ziel ist es hierbei, durch Afghanistan und Pakistan einen Korridor zum Indischen Ozean zu legen, wie ihn sich schon die Zaren gewünscht haben. In der ersten Hälfte des Jahres 1974 berichteten pakistanische Zeitungen, daß 'in Rußland ausgebildete Guerilla-Experten' in den Bergen der pakistanischen Provinz Baluchistan einen Trainingskursus für den Guerilla-Krieg durchführten. Seit über einem Jahr kreuzen sowjetische elektronisch ausgerüstete Spionageschiffe, als 'Fischdampfer' getarnt, vor Pakistans Küsten. Im Februar des Jahres entdeckte die pakistanische Regierung in Islamabad große Men-

gen von in der Sowjetunion hergestellten und nach Pakistan eingeschmuggelten Waffen-, Munitions- und Materialvorräten für den Guerillakrieg. All das sind treffende Beweise für die Absicht der Sozialimperialisten, Pakistan noch weiter zu zerstückeln" (11).

Inzwischen ist Peking (11a) dazu übergegangen, die "indischen Expansionisten" auch des Zugriffs auf Nepal zu beschuldigen:

Die nepalesischen Zeitungen teilten mit, daß staatsfeindliche nepalesische Elemente, die von Indien aus operierten, wiederholt in Nepal eingesickert seien, um Sabotageakte durchzuführen. In einem AFP-Bericht aus Katmandu vom 7. Oktober heißt es, daß Indien unter dem Vorwand, dem Schmuggel indischen Getreides nach Nepal Einhalt zu gebieten, kürzlich eine große Zahl bewaffneter Grenzsicherungssoldaten an der 800 Kilometer langen Grenze mit Nepal aufgeboten hätte, die jeden beladenen Lastwagen und jedes nach Nepal fahrende Auto durchsuchten. Politische Beobachter in Katmandu seien der Ansicht, daß es sich hierbei um eine 'Folge' der 'Kontroverse' zwischen Indien und Nepal über die Opposition Nepals gegen die indische Annexion von Sikkim ... handele.

Nepalesische Zeitungen wiesen darauf hin, das Aufgebot indischer Truppen an der Grenze sei ein offensichtlicher Versuch, Druck auf Nepal auszuüben. Wie die indische Presse berichtet, soll Nepal dadurch 'größerer Respekt gegenüber Indien' beigebracht werden ... Warum suchte sich die indische Regierung gerade Nepal aus, um es einzuschüchtern, wo doch die ganze Welt die indische Annexion von Sikkim verurteilt? Einige indische Zeitungen hatten dafür eine Antwort bereit. In einem Bericht von HINDU hieß es, 'die starke indische Reaktion' werde Nepal wieder 'in seine traditionellen Beziehungen' zu Indien zurückverweisen. Im Leitartikel der TIMES OF INDIA vom 17. September wurde klar hervorgehoben, daß Indien 'Anerkennung seines historischen Status in Nepal, Bhutan und Sikkim' durch andere wünsche. Mit anderen Worten, die indische Regierung begnügt sich nicht mit der Annexion von Sikkim. Sie will vielmehr die 'traditionelle' Vorkriegsrolle Großbritanniens übernehmen und in Nepal, Bhutan und anderen südasiatischen Ländern Kolonialismus und Expansion ausüben ..."

2. STRASSENDIPLOMATIE

Neben solchen verbalen Attacken widmet sich Peking einer tatkräftigen "Straßendiplomatie" (12). Vor allem in Nepal hat China geradezu die Rolle eines Straßenbaupioniers übernommen.

a) Aufgrund des Abkommens vom 15.10.1961 (13) baute China die 104 km lange Straße zwischen Katmandu nach Kodari an der nepalesisch-chinesischen Grenze. Diese "Aranika-Straße" führt auf Vierfünftel ihrer Länge an den Flüssen Chakchola, Indravati, Sunkari und Bhoti Kosi in Höhen zwischen 600 und 1200 m entlang. Der letzte, etwa 15 km lange Abschnitt passiert hinauf zum 2.000 m hohen Grenzpaß schwierigstes Felsengelände. Die Straße wurde im Juni 1963 begonnen und im April 1967 fertiggestellt. Ihre fünf Brücken gestatten eine Belastung von 30 m/t per Achse (14). Während der Bauzeit haben Ärzte der chinesischen Expertengruppe (rund 90 Techniker) in mehr als 100.000 Fällen der einheimischen Bevölkerung Hilfe geleistet. Am 9. März 1971 wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, derzufolge die chinesische Regierung sich bereiterklärt hat, sämtliche Straßenabschnitte zu reparieren, die durch Überschwemmungen oder Erdbeben zerstört wurden (15,16).

Von Kodari aus führt eine Trasse weiter nach Lhasa in die chinesische Autonome Region Tibet.

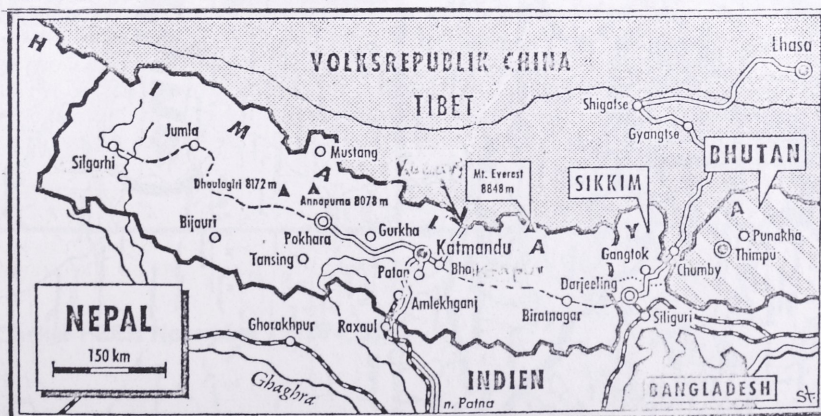
b) Straße Katmandu-Pokhara (im Nordwesten von Katmandu): Dieses Projekt wurde aufgrund eines Protokolls vom August 1965 vereinbart. Es beginnt 20 km südlich von Katmandu und folgt den Flüssen Madi, Marsyandi und Trisuli. Die Straße hat eine Länge von 176 km. Im Juli 1973 wurde die über den Madi gebaute, bisher längste Brücke Nepals für den Verkehr freigegeben (17). Die Route trägt den Namen "Prithvi-Straße".

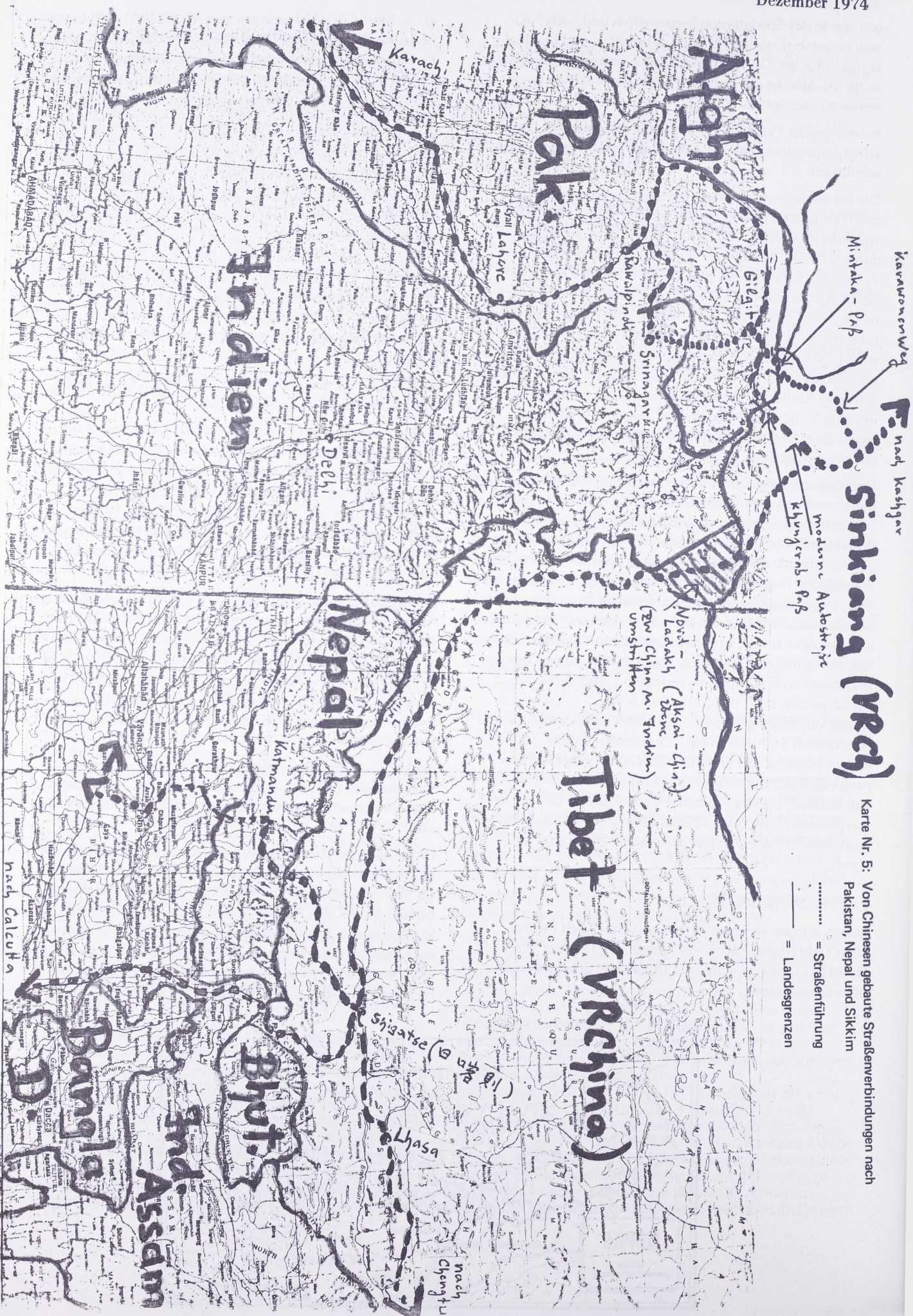
c) Straße Katmandu-Bhaktapur (16 km östlich von Katmandu): Aufgrund eines Protokolls vom 27.9.1968 (18) wurde eine Trasse von Katmandu nach Bhaktapur gebaut, von wo aus dann die Straße nach Kodari zur chinesischen Grenze ihren Anfang nimmt. Die Route ist zwar nur 16 km lang, doch mußte sie über den Bagmati geführt werden, wobei eine Brücke in der Länge von 87 m und 20 m Breite zu errichten war (19).

d) 1972 schließlich verpflichtete sich China, eine weitere Verkehrsader zu bauen, und zwar eine 50 km lange Ringstraße, die das Katmandutal an seinen Rändern abtastet (20).

In Nepal wetteifern als Straßenbauer mit den Chinesen noch die Inder, die Russen, die Amerikaner und die Engländer. Im Mittelpunkt dieser Hilfeleistungen steht die Ost-West-Straße, die das von Bergen zerschnittene Königreich verkehrstechnisch unabhängiger von seinem südlichen Nachbarn machen soll. (Die Gesamttrasse soll letztlich von Silgarhi im Westen Nepals bis zum indischen Darjeeling reichen und etwa 1.000 km lang sein.

Karte Nr. 4: Straßenbau in Nepal





Karte Nr. 5: Von Chinesen gebaute Straßenverbindungen nach Pakistan, Nepal und Sikkim

Systematische "Straßendiplomatie" betreibt China darüber hinaus auch in Pakistan. Hier sind folgende Projekte zu nennen:

- a) Straße Gilgit (in Kaschmir) - Mintaka-Paß (in der chinesischen Autonomen Region Sinkiang) mit Anschluß an Lhasa-Hochweg;
- b) Straße Halleh-Kush - Khunjerabpaß mit Anschluß an Lhasa-Hochweg (vgl. Karte Nr. 5).

Bereits 1967 hatten Peking und Islamabad beschlossen, die durch das Hunzatal und über den 4686 m hohen Mintakapaß führende, insgesamt 730 km lange "Seidenstraße" auszubauen und wieder für Handelskarawanen freizugeben. Im Februar 1971 wurde dann eine zweite Straße eröffnet, die etwa auf halbem Weg zwischen Gilgit und dem Mintakapaß in Richtung Osten abzweigt und über Halleh-Kush sowie den 4.625 m hohen Khunjerabpaß nach China hineinführt, wo der Weg an die von den Chinesen gebaute Straße Kashgar (Sinkiang) - Lhasa (Tibet) anschließt, jene Straße also, die unter anderem durch die zwischen Indien und China so umstrittene Aksai Chin-Hochebene in Nordkaschmir führt. Es handelt sich bei dem Projekt um eine zweispurige Allwetterstraße von 280 km Länge, an der etwa 12 - 15.000 Chinesen mitgebaut haben. Die Straße ersetzt die jahrhundertalte Karawanenroute (Weg a), die, nachdem sie 20 Jahre geschlossen war, im August 1969 wiedereröffnet worden war, als eine chinesische Karawane mit 50 Kamelen beim Mintakapaß (nordöstlich vom Khunjerabpaß) nach Pakistan zog (21).

Durch diese "politischen Straßen" demonstriert China - mit dem Einverständnis Nepals und Pakistans - seine potentielle Anwesenheit. Adressaten dieser Demonstration sind letztlich Indien und die Sowjetunion.

3. AUSBILDUNG VON UNTERGRUNDKÄMPFERN

Schließlich häufen sich neuerdings Meldungen aus der unruhigen Nordostecke Indiens, denzufolge China sich wieder auf seine alte Politik der Unterstützung von Aufständischen in dem so empfindlichen Nagaland und in Mizoram besonnen hat. Vor allem die Nagas und die Mizos waren es ja, die wesentlich dazu beitrugen, daß die nordöstliche Ausbuchtung Indiens zu einem Unruheherd wurde, der Neu Delhi immer wieder Kopfzerbrechen bereitet, zumal hier ja eine der empfindlichsten Zonen zwischen Indien und China liegt. U.a. war es im NEFA-Gebiet 1961/62 zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den beiden asiatischen Mächten gekommen.

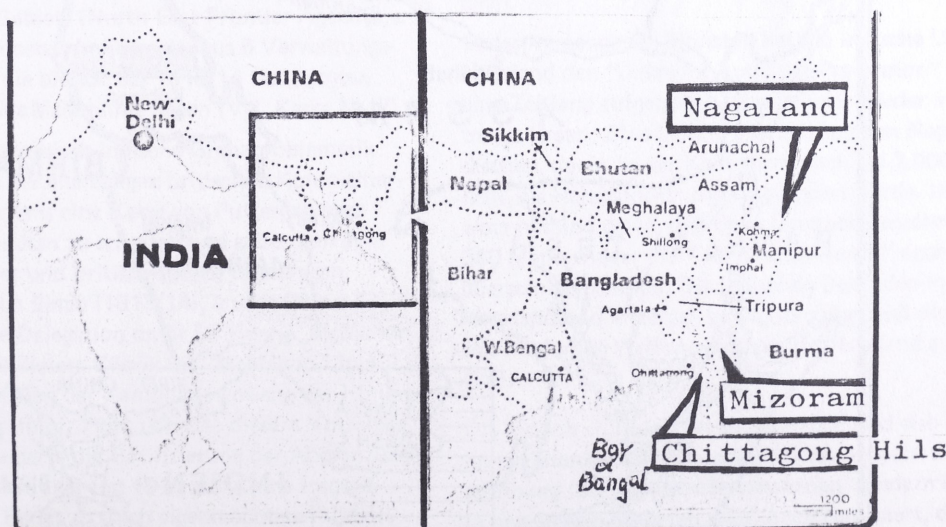
a) Mizo-Land:

Das Mizoram Union Territory war im Jahre 1824 durch Birma an die British East-India Company abgetreten worden. Vorher war das Mizogebiet völlig unabhängig. Die Regierung bestand aus einer Anzahl von verschiedenen Clans, die in dem zerklüfteten Gebiet ein voneinander unabhängiges Eigenleben führten, ähnlich etwa dem Zustand der altgriechischen Stadtstaaten. Wegen Unruhen und Grenzstreitigkeiten rückten 1844 britische Truppen in das Gebiet ein und nahmen es unter einheitliche Kontrolle. 1895 wurde etwa die Hälfte des Landes zu einer Verwaltungseinheit mit dem Namen Lushai Hills zusammengefaßt und damit der Rahmen für das heutige Mizoram gelegt.

(Karte Nr. 6)

Heute umfaßt der Mizo-Distrikt etwa 8.200 qkm und ist damit der größte Verwaltungsbezirk in der Provinz Assam. Das Gebiet ist von hohen Berggrücken durchzogen und dicht bewaldet. Die Grenze mit Bangla Desh erstreckt sich

Karte Nr. 6: Indiens unruhige Ecke

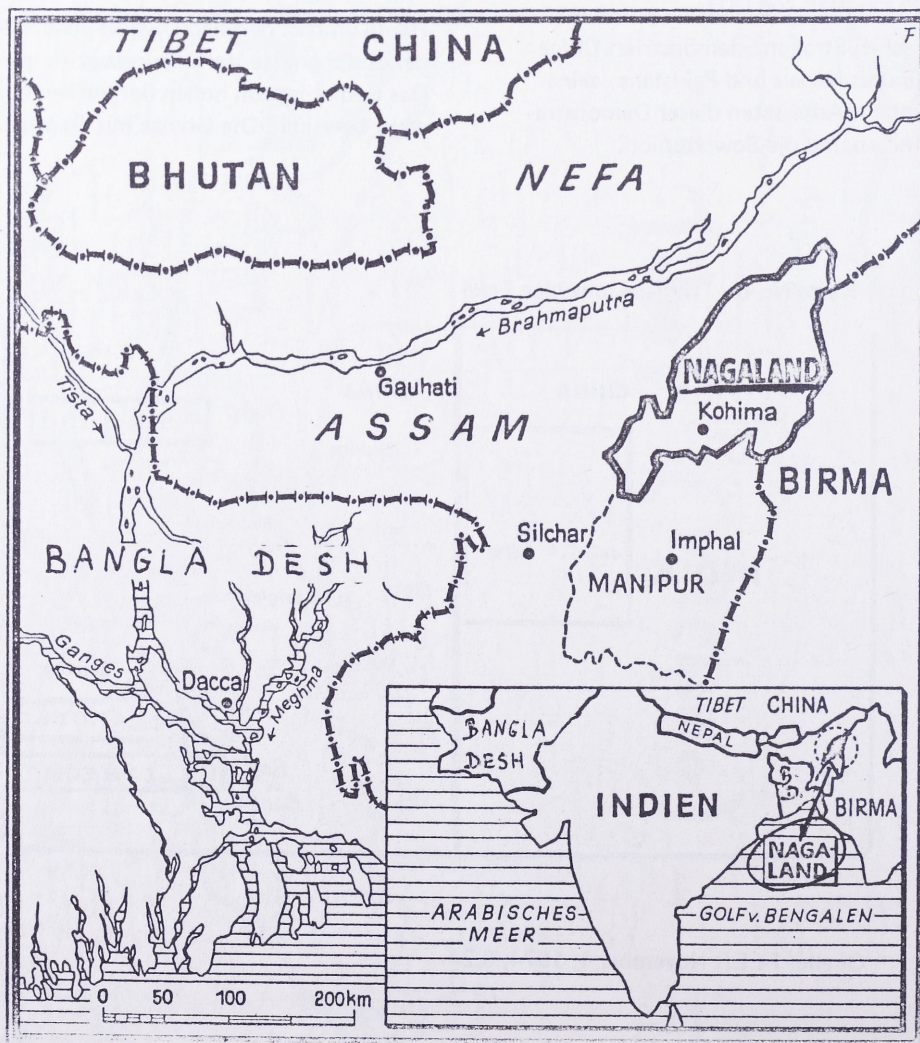


über 250 km und diejenige mit Birma über 430 km. Im Distrikt selbst leben etwa 350.000 Mizos. Der größere Teil des Stammes, etwa 450.000, verteilen sich aber über mehrere Bezirke Assams, nämlich über Manipur, Cachar, Tripura sowie auf Birma und Bangla Desh. Die Zerrissenheit des Mizo-Volkes gleicht dem "nationalen" Schicksal der Kurden, deren Bevölkerungsteile ja ebenfalls über mehrere moderne Nationen verteilt sind. Ebenso wie die Kurden wünschen auch die Mizos einen eigenen Staat. 1946, also noch vor der Unabhängigkeit Indiens, wurde beispielsweise die Mizo-Union ins Leben gerufen. Diese Vereinigung wünschte keine Lostrennung von Indien. Gleichzeitig aber war eine rivalisierende Organisation unter dem Namen "United Mizo Freedom Organization" entstanden, die für eine Vereinigung mit den Mizo-Distrikten in Birma plädierte. 1959/60 schließlich entstand eine dritte Gruppe, die "Mizo National Famine Front", die sich zunächst nur mit der damals herrschenden Hungersnot befaßte, später aber das Wort "Famine" fallenließ und sich zu einer politischen Interessengruppe mit dem Ziel organisierte, ein unabhängiges Mizoland zu gründen, das alle Stammesangehörigen in Indien, Birma und Bangla Desh unter einer Flagge vereinigen sollte. (22).

Der Mizo-Separatismus wurde aber nicht nur durch irredentistische Bestrebungen motiviert, sondern auch durch die Tatsache, daß das Mizogebiet permanent von Indien vernachlässigt wurde. Allen Mizos ist im übrigen die Abneigung gegenüber der Provinzregierung von Assam gemeinsam. Sie beschuldigen die indischen Repräsentanten des Hochmuts, der Korruption und Verständnislosigkeit.

Inzwischen haben Mizo-Insurgenten ein "Underground Federal Government" gebildet, wie es im benachbarten Nagaland schon seit Jahren besteht. Mit der Bildung dieses Schattenkabinetts, das sich ja nicht nur auf Assam, sondern auch auf die benachbarten Staaten von Birma und Bangla Desh erstreckt, ist ein neuer Höhepunkt in der seit 1964 laufenden Mizo-Guerillabewegung erreicht. Im April 1966 hatten Mizo-Einheiten sämtliche über Mizoram verstreuten Regierungsämter besetzt, die dortigen Beamten entführt und ihren Griff um die Hauptstadt von Mizoram, Aizwal, so lange nicht gelockert, bis indische Truppen zur Unterdrückung des Aufstands herbeigeschafft waren. Zwischen 1966 und 1969 kammte Indien nun systematisch in großangelegten Counter-Insurgency-Aktionen das Gebiet von Mizoram durch und schaltete dabei 3.500 Insurgenten aus. Eine unbestimmte Zahl von Aufständischen mußte in die Dschungelgebiete des benachbarten Bangla Desh (damals noch Ost-Pakistan) und nach Birma ausweichen. Verdächtige Mizos

Karte Nr. 7: Naga-Land



wurden von der Regierung in "Hamlets" angesiedelt, wie sie bereits in Vietnam Verwendung gefunden hatten. Die Anlegung dieser - euphemistisch sogenannten "Protected Villages" - führte zu der Nebenwirkung, daß die traditionelle Mizo-Wirtschaft, die auf Brandrodung basierte, innerhalb kurzer Zeit verschwand.

Die Mizo-Insurgenten hatten, ebenso wie übrigens die Nagas, enge Beziehungen zur pakistanischen Regierung, als diese noch über Ost-Pakistan herrschte. Aufständische Mizos sollen mit chinesischer Unterstützung im ehemaligen Ost-pakistan ausgebildet worden sein. Seit dem Dezember 1971, als das indienfreundliche Bangla Desh entstand, war es mit dieser Ausbildungshilfe vorderhand zu Ende. U.a. unterstützten indische Truppen die Streitkräfte von Bangla Desh beim Kampf gegen Mizo-Insurgenten auf den Chittagong Hills, wo sich die Aufständischen mit Rebellen aus Chakma und dem birmesischen Arakan zusammengetan hatten (23). Trotzdem konnte der Mizo-Aufstand nie ganz unterdrückt werden und scheint gerade in den letzten Monaten eine Renaissance zu erleben. Ob die indischen Anschuldigungen, daß Peking hinter dieser Erneuerungsbewegung stecke, richtig sind, läßt sich schwer nachweisen.

b) Naga-Land

Seit Mitte Oktober kommen auch aus Nagaland Meldungen, die die indische Öffentlichkeit beunruhigt haben. Die sogenannte "Untergrundarmee der Naga" sei erneut aktiviert worden (24). U.a. soll es zu Gefechten zwischen Regierungstruppen und secessionistischen Rebellen gekommen sein, bei denen 16 Naga-Führer getötet wurden. Wie in New Delhi in diesem Zusammenhang bekanntgegeben wurde, versuchten die Guerilleros gegenwärtig erneut, in Gruppen bis zu 100 Mann auf Schleichwegen nach China zu gelangen, wo sie bereits in der Vergangenheit militärisch ausgebildet worden sind (25).

Das Nagaland ist ein altes Problemgebiet für die indische Republik.

Nagaland liegt am Rande des zwischen Indien und China umstrittenen NEFA-Gebiets (North East Frontier Agency), einem Gebiet im Nordosten Indiens, das aus 6 Verwaltungsarealen besteht (26), die südlich der 1913/14 festgelegten und 600 km langen McMahonlinie liegen (Vgl. Karte Nr. 7).

Entstanden war die chinesisch-indische Grenzproblematik aus den Bemühungen der ehemaligen britischen Kolonialherren, im Nordosten Indiens eine Kette von Puffergebieten zwischen Tibet und Indien zu schaffen und außerdem eine Grenze zwischen Tibet und Britisch-Indien festzulegen. Auf der Konferenz von Simla (1913/14), an der China, Tibet und eine britische Delegation unter Sir Henry McMahon teilnahmen, wurde zu diesem Zweck die McMahon-Linie fixiert, die im allgemeinen der Kammlinie entlang der Himalaya-Berge von Assam folgt. Tibet stimmte diesem Vorschlag zu, doch China verweigerte die Ratifizierung der Abgrenzungsvereinbarung. Tibet, das sich erst 1911 von China losgerissen hatte, habe kein Recht zu solch eigenmächtigen Vereinbarungen. In den folgenden Jahren bemühte sich Großbritannien um die Stammesgebiete südlich dieser tibetisch-indischen Grenze und schuf dort im Laufe der nächsten Jahrzehnte

mehrere Verwaltungsareale, die sich schließlich auf nicht weniger als sieben Gebiete beliefen. Diese sieben Areale wurden 1954/57 unter einer gemeinsamen NEFA (erst damals auch entstand dieser Name!) vereinigt (27). Das von 400.000 Menschen bewohnte Nagaland allerdings wurde am 1. September 1960 wieder aus diesem Verbund herausgelöst und als 16. Bundesstaat innerhalb der Indischen Union anerkannt. Nehru selbst nahm damals diese Proklamation vor. Offiziell erhielt "Nagaland" (mit insgesamt 3 Distrikten) seinen Status 1963. Es bekam eine eigene Regierung und wurde im Gesamtrahmen unter die Obhut des Ministers für auswärtige Angelegenheiten gestellt.

Aus der Sicht Chinas ist die NEFA-Frage nach wie vor unregelt, während Indien davon ausgeht, daß das Nordost-Gebiet ohne Zweifel indisch sei. Diese Frage ist auch heute noch das Kernproblem in dieser geographischen Sackgasse, die 1962 Zeuge schwerer militärischer Auseinandersetzungen zwischen China und Indien wurde. Seit 1962 sorgte China dafür, daß die NEFA-Frage weiterbrodelte. Vor allem das Nagaland wurde zu einer Art Pfahl im Fleische Indiens, da China eine Gruppe von Naga-Rebellen, die sich mit der Unionslösung nicht zufrieden zeigten, sondern auf eine vollständige Autonomie ihres Landes hinauswollten, im Guerillakampfausbildete (28).

Eine Zeitlang ließen die Naga-Unruhen nach, doch blieben sie ein potentieller Unruheherd im indischen Nordosten, durch den China in die Lage versetzt wurde, anti-indische Maßnahmen zu ergreifen, so oft es sich von Indien herausgefordert sah. Während der vergangenen 8 Jahre waren es mindestens drei größere Kontingente von Untergrund-Nagas, die die Grenze nach China hin überschritten haben und dann wieder zurückgekommen sind, nämlich in den Jahren 1966, 1969 und 1972. Freilich weiß man wenig über ihre Aktivitäten in China. Die indischen Behörden sind auf Vermutungen angewiesen, da sie bisher nicht in der Lage waren, die Grenzen nach China, aber auch nach Birma, das oft als Durchgangsland benutzt wird, wirksam zu überwachen.

In den vergangenen Monaten hat die Indische Union in Nagaland den "Unlawful Activities Prevention" Act, der eine Zeitlang aufgehoben worden war, wieder in Kraft treten lassen: Eine Maßnahme, die von den Naga-Aufständischen, deren harter Kern vermutlich bei 2.000 Personen liegt, als Herausforderung empfunden wurde. Ihre Antwort bestand darin, daß sie in Gruppen zwischen 90 und 300 Mann wieder die "klassische Grenze" nach China überschritten haben. Die indischen Behörden in Assam, Nagaland und Mizoram befürchten nun, daß die Rebellen, mit modernen Waffen versehen, ins Nagaland zurückkehren (29).

Die indisch-chinesischen Beziehungen sind also trotz der im pakistanisch-indischen Verhältnis eingetretenen Entspannung (30) nicht besser geworden, sondern haben sich in den letzten Monaten sogar noch verdüstert, da Indien seine im Dezemberkrieg 1971 gewonnene Vormachtstellung nicht zur Selbstkonsolidierung benutzt, sondern sich immer enger an die Sowjetunion bindet und in Abstim-

mung mit dieser sogar noch antichinesische Vorposten ausbaut. Eine Wiederversöhnung mit New Delhi steht somit auf der Prioritätenliste Pekings ganz unten. Dabei hat man in der chinesischen Führung ganz offensichtlich das Gefühl, daß die Zeit einerseits für, andererseits aber auch gegen Peking arbeitet: Für die chinesische Position wirkt sie, insofern die sozioökonomische Situation Indiens sich gegenwärtig von Monat zu Monat verschlimmert - und damit eine Krise heraufbeschwört, die sich zugunsten Pekings entladen könnte. Gegen China könnte die Entwicklung freilich dann verlaufen, wenn es die Sowjetunion verstünde, die Dynamik potentieller Unruhen auf ihre eigenen Mühlräder zu leiten und Indien noch stärker von sich abhängig zu machen.

Aus dieser Perspektive erklärt sich die Doppelstrategie Pekings: Anti-Delhi-Politik bei gleichzeitig sich verschärfenden Anti-Moskau -Attacken.

- 1) FEER 4.11.1970, S.32
- 2) CSM 8.10.1974
- 3) NCNA 3.7.1974
- 4) PRu 1974 Nr. 37, S.11
- 5) NCNA 13.7.1974
- 6) SZ 9.9.1974
- 7) New York Times 7.9.1974
- 9) NCNA 21.10.1974
- 10) CSM 17.10.1974
- 11) PRu 1973 Nr. 49, S.17
- 11a) NCNA 30.10.1974
- 12) FAZ 18.10.1974
- 13) NCNA 16.10.1961
- 14) FEER 29.6.1967
- 15) NCNA 7.3.1971
- 16) Ausführliche Beschreibung des ganzen Projekts in Wolfgang Bartke, "Die Wirtschaftshilfe der VR China", Bd.44 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, 1972, S.167 f.
- 17) C.a. 1973/7 Ü48
- 18) NCNA 7.11.1968
- 19) Bartke ebd. S.169
- 20) C.a.1972/5 Ü26
- 21) Nähere Beschreibung bei Bartke a.a.O. S.173 f.
- 22) B.C.Nag, "Der Stamm der Mizos", Indo Asia 1966 (S.248-252)
- 23) FEER 1.11.1974, S.24
- 24) CSM 15.10.1974
- 25) FAZ 22.10.1974
- 26) Näheres hierzu in "The Changing Map of Asia - A Political Geography", edited by Gordon Spate und C.A. Fisher, 5th edition 1971, London, S.207
- 27) Ebda, S.201-107
- 28) C.D. Brauns, "Die Naga-Rebellen verlieren an Einfluß", Indo Asia 1970, S.62-68; Jürgen Dennert, "Verschwiegene Zeitgeschehen", Wien, Düsseldorf 1970, S.276-292, Kap."Nagaland - Partisanen im indischen Reservat"
- 29) CSM 15.10.1974, FEER 8.11.1974, S.24 f.
- 30) Am 28. Aug. 1973 kam es zur Einigung zwischen Indien und Pakistan über die Repatriierung der 90.000 in Bengalen kriegsgefangenen Pakistanis, vgl. C.a.1973/9, Ü23 und 1973/11 Ü16